

214/J

der Abgeordneten Öllinger, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für Gesundheit und Konsumentenschutz

betreffend mögliche Unterwanderung von Ministerien durch die Organisation Scientology

Das Parlament hat in der Vergangenheit schon mehrmals Maßnahmen betreffend Sekten , pseudoreligiöse Gruppierungen und destruktive Kulte erörtert. So fand etwa am 27.1.1993 im Parlament über Einladung des Nationalratspräsidiums ein Expertenhearing zum Thema "Sekten" gemeinsam mit Beamten der betroffenen Ressorts statt. Obwohl im Anschluß daran weitere parlamentarische Aktivitäten entwickelt wurden, hat es bislang - wie auch der Abgeordnete Dr. Höchtl richtig bemerkte - kaum politische Reaktionen oder Handlungen gegeben, durch die ein Interesse der Bundesregierung sichtbar geworden wäre.

Daher haben die Abgeordneten Öllinger, Stoisits, Anschöber, Freundinnen und Freunde am 31.1.1996 in dieser Angelegenheit auch einen Entschließungsantrag eingebracht, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, in Zusammenarbeit mit dem Innenminister ein effizientes Referat für Sekten, pseudoreligiöse Organisationen und destruktive Kulte einzurichten.

In der Zwischenzeit sind den unterfertigten Abgeordneten einige Informationen bekannt geworden, die vor allem in bezug auf die pseudoreligiöse Gruppierung Scientology ein dringendes Handeln notwendig erscheinen läßt.

Im Auftrag des Innenministeriums von Nordrhein-Westfalen erstellte der Politikwissenschaftler Hans Gerd Jaschke ein Gutachten über Scientology, in dem diese Gruppe "als totalitäre Organisation" bezeichnet wird, deren Menschenbild "demokratisch-rechtsstaatlichen Verfassungsprinzipien zuwider" läuft: "Der totalitäre, auf einem Alleinvertretungsanspruch basierende Charakter der Scientology schließt das Mehrparteienprinzip und das Prinzip der Chancengleichheit für alle politischen Parteien aus" .

Waren bisher hauptsächlich die Versuche von Scientology, über die Verankerung bzw. das Einschleusen von Mitgliedern in wirtschaftliche Unternehmen Macht zu erlangen, öffentlich thematisiert worden , so liegen inzwischen auch gesicherte Erkenntnisse vor, daß Scientology versucht, im Bereich politischer Institutionen Einfluß zu nehmen und gezielt Schaltstellen zu infiltrieren.

In diesem Zusammenhang läßt eine Aussage von Familienministerin Moser (Volksblatt vom 19.1.96) aufhorchen, in der es heißt, " sie befürchtet eine Unterwanderung heimischer Ministerien durch Sekten". Der ÖVP- Abgeordnete Höchtl ist sogar überzeugt, "daß Sekten Ministerien unterwandert hätten und dadurch Ermittlungen behindern könnten".

Nach uns vorliegenden Informationen gibt es auch eine von Scientologen geführte EDV-Firma, die Fa. Topcall, die für einige Bundesministerien bzw. Bundesdienststellen zentrale Faxserver vertrieben hat, mit denen von allen EDV- Arbeitsplätzen eines Unternehmens aus Faxe verschickt werden können. Die Schutzgemeinschaft Robin Direkt schreibt dazu: "Diese Geräte sitzen an den sensibelsten Stellen eines Unternehmens, wo auch vertraulichste Informationen gebündelt passieren. Erreichbar sind solche Faxserver von innerhalb des Unternehmens und z. T. auch von außerhalb für Wartung und Anfragen" . (Robin Direkt - Report, Februar 1995).

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Liegen Ihnen Informationen vor, wonach Mitglieder bzw. Anhänger von Scientology im Bereich Ihres Ministeriums tätig sind ?
2. Sehen Sie die Möglichkeit einer Unterwanderung Ihres Ministeriums durch Mitglieder von destruktiven Kulturen oder pseudoreligiösen Sekten? Haben Sie Vorkehrungen gegen eine derartige Unterwanderung getroffen , und wenn ja, welche?
3. Ist die Fa. Topcall auch im Bereich Ihres Ministeriums als Vertreiber von EDV- Hard- und Software tätig geworden?
 - a) Wenn ja, können Sie den Umfang der Dienstleistungen bzw. Verträge mit Topcall präzisieren?
 - b) Sind Verträge mit der Fa. Topcall noch aufrecht bzw. wurden Verträge gelöst?
 - c) Sind in Ihrem Ministerium Fax-Server der Fa. Topcall in Verwendung?
4. Inwiefern sind Ihre EDV-Anlagen bzw. EDV-gestützten Daten gegen eine mißbräuchliche Verwendung durch Außenstehende gesichert?